

Plädoyer gegen „Beinfreiheit“

Dr. Klaus Steiniger

Im Verlauf dieses Jahres fällt die Entscheidung darüber, wer fortan die Geschicke des deutschen Imperialismus verwalten darf. Peer Steinbrück, das für die SPD ins Rennen geschickte Aufsichtsratsmitglied der Konzerngruppe Thyssen-Krupp, brachte die Dinge auf den Punkt:

Noch am Tag seiner Nominierung forderte er von der eigenen Partei „etwas Beinfreiheit“. Mit anderen Worten: Er verlangte von redlichen Mitgliedern und Wählern der SPD ein Höchstmaß an Selbstverleugnung. Was manche nur für einen rüden Ausrutscher hielten, sollte man indes als Kampfansage betrachten:

Mehr „Beinfreiheit“ in der Politik ist die Freiheit, auf anderen herumzutrampeeln, sie gegen das Schienbein zu treten, ihnen Beine zu stellen oder die Füße wegzuziehen.

Wer Steinbrück diese „Beinfreiheit“ verschafft, wird ersichtlich, wenn man weiß, dass der SPD-Bundestagsabgeordnete zwischen 2009 und Herbst 2012 zwar keine einzige Parlamentsrede, dafür aber rund 90 hochdotierte Vorträge bei Unternehmen, Banken und Stiftungen für ein Gesamthonorar von 1,25 Millionen Euro gehalten hat. Zugunsten Steinbrücks haben zwei andere Granden des rechten SPD-Flügels das Handtuch geworfen: der einst durch Gerhard Schröder vom russischen Energiegiganten Gazprom protegierte heutige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und Fraktionschef Walter Steinmeier – vor seiner Ernennung zum Außenminister der großen Koalition in Schröders Bundeskanzleramt für die Geheimdienste zuständig.

Während sich Kaffeesatzleser der bürgerlichen Medien die Zeit damit vertreiben, Steinbrücks und Merkels Chancen gegeneinander abzuwägen, verzichten wir auf jegliches Spekulieren und stellen sachlich fest: Bei den Bundestagswahlen 2013 kommt es darauf an, die Kriegs- und Sozialkriegsregierung Merkel samt ihres FDP-Wurmfortsatzes zum Teufel zu jagen. Es handelt sich nämlich um ein Kabinett,

dessen außenpolitischer Kurs unter Nutzung der bundesdeutschen Vorherrschaft in der EU auf ein nachträgliches Erreichen der Nazi-Kriegsziele, wenn möglich mit nichtmilitärischen Mitteln, gerichtet ist, während seine vor allem von der CSU geprägte Innenpolitik immer repressivere Züge trägt. Bei den Verfassungsschützern auf Länder- und Bundesebene sichtbar gewordene Tendenzen einer systematischen Beschirmung und Vertuschung faschistoider wie offen faschistischer Aktivitäten sind Teil dieses Szenariums.

Die zwingende Notwendigkeit, CDU/CSU und FDP an den Wahlurnen eine Niederlage zu bescheren, sollte niemanden zu der Annahme verleiten, in der BRD bestünden derzeit Bedingungen für einen tatsächlichen Machtwechsel. Es handelt sich, falls es dazu kommt, natürlich allein um die Ablösung einer kompromittierten Koalition im Dienste des Kapitals durch „frische Kräfte“ aus ein und derselben Klasse. Der Unterschied zwischen Angela Steinbrück und Peer Merkel ist bestenfalls gradueller, aber keineswegs prinzipieller Natur. Da nichts auf eine in kurzer Frist entstehende revolutionäre Situation schließen lässt, dürfte auch diesmal nur eine Regierung im Dienste der Monopole durch eine andere ähnlicher Beschaffenheit ersetzt werden.

Ungeachtet des Bestehens verschiedener Parlamentsparteien gab es in der BRD eigentlich immer schon die Tendenz zu einem Zweiparteiensystem wie in den USA und Großbritannien. Der Unterschied bestand bisher allerdings darin, dass die einander in der Machtverwaltung ablösenden großen Parteien meist noch der Koalition mit jeweils kleineren Partnern bedurften. Diesmal ist – wie in den Tagen der Merkel-Münchener-Regierung – der vorprogrammierte Verrat an den Wählern, die Flucht beider Hauptkontrahenten in eine große Koalition keineswegs auszuschließen. Kann diese – wie von beiden Seiten gewünscht – allerdings vermieden werden, dann fällt die Entscheidung

zwischen Merkels CDU und Steinbrücks SPD, also nicht zwischen rechts und links. Denn wer irgendwelche Illusionen über den Mann der Monopole in der Pose eines Sozialdemokraten hegt, möge sich an Finanzminister Steinbrücks Zeiten als Bankretter Nr. 1 der durch Angela Merkel geführten Regierung der großen Koalition erinnern. Bei diesem Stand der Dinge stellt sich zwangsläufig die Frage nach einer Alternative zur hier angedeuteten Zweiparteiendiktatur. Gibt es eine parlamentarische Gegenkraft, auf die sich das Votum aller Linken in Deutschland konzentrieren könnte?

Da eine konsequent marxistische Partei unserer Präferenz derzeit keinerlei Chancen auf Einzug in den Bundestag besitzt, sollte alles getan werden, um möglichst das gesamte linke Wählerpotential für die PDL zu mobilisieren. Es geht darum, die parlamentarische Präsenz dieser wichtigen Partei des Friedens, des Antifaschismus und der Vertretung der Interessen sozial Schwächerer auch künftig in Fraktionsstärke zu gewährleisten.

In den Jahren seit der Konterrevolution konnte man Mandatsträger von PDS und PDL – und nur sie dürfen mit Fug und Recht den Platz der Opposition im Bundestag beanspruchen – auf sehr unterschiedliche Weise wahrnehmen. Unvergesslich bleiben uns das Transparent einer kleinen Gruppe mutiger PDS-Abgeordneter, das dem US-Kriegsverbrecher George W. Bush bei dessen Auftritt im Plenum entgegengehalten wurde, und der Schilderwald von den Bänken der PDL, der die Namen in Kundus von NATO-Hand ermordeter Afghanen ins Gedächtnis hob. Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Christine Buchholz und andere haben sich uns ebenso durch ihren Mut eingepägt wie die nach Gaza aufgebrochenen Überbringer von Solidaritätsgütern für durch Israel ghettoisierte Palästinenser.

Nicht zuletzt Bernd Riexingers Bekenntnis zu den ans Kreuz der EU geschlagenen Griechen ließ uns Respekt vor dem Handeln nicht weniger PDL-Politiker empfinden. So sollte es linken Wählerinnen und Wählern kaum schwer fallen, zwar nicht immer mit der Erststimme, aber stets mit ihrer Zweitstimme jene Liste zu unterstützen, die den Verfechtern von „Beinfreiheit“ als einzige Paroli bietet.

Dr. Klaus Steiniger ist Chefredakteur der Monatsschrift „RotFuchs“, Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland

Der Abdruck ist mit freundlicher Genehmigung des Autors der Januar-Ausgabe 2013 entnommen. www.rotfuchs.net

Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede ist kein Geschenk

Manfred Volland, Mitglied des Vorstandes

Am 01.03.2013, dem 57. Jahrestag der NVA, werden erneut Tausende ehemalige Angehörige ihren Stolz bekunden, dass ihr aufopferungsvoller Dienst den Frieden mitgesichert und erhalten hat. Als Armee des Friedens und des Volkes ist sie in die deutsche Militärgeschichte eingegangen. Inzwischen, ist es leider zur Selbstverständlichkeit geworden, dass die westlichen Militärbündnisse, allen voran die NATO mit der BRD, den Krieg als normale Alltagserscheinung betrachten. Mit übermäßigem Eifer, schwülstigen Reden und wissenschaftlichen Saltosprüngen unternehmen die westlichen Militärbündnisse mit ihren Spitzenpolitikern fast täglich den Versuch, den Menschen verständlich zu machen, dass nur durch kriegerische Handlungen, durch Rüstungsproduktion und deren Export die Welt sicherer und der Reichtum, die Freiheit und Demokratie der wohlhabenden Länder garantiert werde. Wie anders kann man sonst die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU verstehen.

Preisstifter Nobel hatte einst in seinem Testament verfügt, dass der Preis jenen verliehen wird, die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben, die am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere hingewirkt haben. Dabei gibt es keine der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen jüngerer Vergangenheit, an der nicht EU-Länder beteiligt waren. Prof. Georg Schirmer hat am 10.12.2012 in einem Artikel in der „jungen Welt“ darauf verwiesen, „dass die EU in keinem der aktuellen militärischen oder gewaltträchtigen Konflikte - Irak, Afghanistan, Iran, Israel-Palästina, Libyen einen deeskalierenden Beitrag geleistet hat“. Daraus schlussfolgert er satirisch, den Friedenspreis verdiene ebenso die NATO. Aber auch innerhalb der EU herrscht nicht nur Frieden. Erinnert sei an die Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Irland, Nord- und Südzypern, der Türkei und Griechenland, zwischen Ungarn und Rumänien und nicht wenige innerstaatliche Konflikte in mehreren europäischen Ländern. Nicht vergessen ist, dass die EU aktiv am Krieg gegen Jugoslawien beteiligt war. Auch hier wurde das Völkerrecht mit Füßen getreten und inzwischen ist es für die Kriegsapologeten zur Normalität geworden, dass überall dort, wo Menschenrechte, Demokratiegestaltung und Freiheits-

begriffe nicht westlichen Vorstellungen entsprechen, auch ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt sei. Unverhohlen hat das Frau Merkel auf der Tagung des Spitzenpersonals der Bundeswehr am 22.10.2012 in Strausberg zum Ausdruck gebracht. Sie rechtfertigte Rüstungsexporte als Friedensmittel, indem sie verstärkt auf Rüstungsexporte und militärische Ausbildungshilfe für „vertrauenswürdige Partner“ setzte. Deutsche Rüstungsexporte sind neuerdings Friedensbotschaften für die Völker. Sie betragen inzwischen jährlich mehr als zwei Milliarden Euro. Deutsche Rüstungsoligarchen bedauern, dass sie nur den 3. Platz in der Welt einnehmen, denn in der Kriegsschuld des letzten Jahrhunderts nimmt Deutschland unangefochten den ersten Platz ein. Also haben die Rüstungsbosse diesbezüglich noch Spielraum. Nur so kann man das Vorpreschen und den Eifer deutscher Außenpolitik verstehen, 400 Bundeswehrsoldaten mit zwei Patriot-Raketenabwehrstaffeln in die Türkei zu verlegen, um angeblich die Türkei zu schützen. Außerdem soll ja Syrien chemische Waffen besitzen, deren Einsatz man ins Kalkül ziehen müsse. War nicht eine solche Lüge vor zehn Jahren der Anlass des Überfalls der USA auf den Irak? Ohne Skrupel war man seitens der BRD auch sofort bereit, sich am Krieg Frankreichs in Mali zu beteiligen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière begründet die Kriegsbereitschaft Deutschlands so: „Die Deutschen können nicht einfach sagen, wir haben da nichts zu suchen.“ Das Credo seiner Interventionspolitik ist: „Die Bundeswehr muss grundsätzlich überall deutsche Interessen verteidigen dürfen“. Da werden Erinnerungen an die verhängnisvolle deutsche Vergangenheit wach. Fast jeder Krieg im letzten Jahrhundert hat mit einer faustdicken Lüge begonnen. Man spekuliert auf die Unwissenheit der Mehrheit der Menschen und ihr blindes Vertrauen in die Herrschenden. Krieg wird immer mehr als unvermeidlich, als Gewohnheitsrecht suggeriert, ohne den die Menschen der westlichen Welt nicht mehr in „Demokratie, Wohlstand und Freiheit“ leben könnten.

Als sich am 1. Juli 1991 der Warschauer Vertrag auflöste, gebot die Vernunft im Interesse des Friedens, dass sich auch die NATO auflöst. Was wäre es für ein Glück in dieser von Kriegen geschüttelten Welt gewesen, wenn die Unsummen für militärische Ausgaben endlich in soziale Kanäle geflossen wä-

ren? Im Gegenteil. Die NATO existiert weiter, die Völker werden permanent durch Kriege bedroht, und riesige Summen – weltweit über 1,5 Billionen Dollar – für militärische Zwecke ausgegeben. Im November 1991 und dann im April 1999 hat man eine Begründung für den Fortbestand der NATO und deren neue Strategie verkündet. Die USA haben zugegeben, dass es ihnen sowohl um die Sicherung von Rohstoffquellen und der erforderlichen Verbindungswege, aber auch um die Sicherung der privilegierten Reichtumsinteressen der USA und der westlichen Welt geht. Prägend für die US-amerikanische Außenpolitik ist die Vorstellung von einer Welt, die nicht allen Menschen die Möglichkeit einer Beteiligung am Reichtum unserer Erde bieten darf. Folglich werden die Reichen weiterhin ihren Wohlstand gegen die Armen mit allen Mitteln durchsetzen.

Thomasz Konicz, ein polnischer Journalist und Geschichtswissenschaftler, hat bedeutende Erkenntnisse über „Neue Weltordnungskriege“ herausgearbeitet und zitiert Reinhard Herden, Generalstabsoffizier der Bundeswehr, Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognosen: „In diesem Jahrhundert werden die jetzt in Frieden lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um die Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen. Das Feindbild widerspiegelt sich im ‚archaischen Krieger‘, Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben“.

Das sind die wahren Gründe des nicht mehr enden wollenden Kriegsgeschreis, das inzwischen schon wieder zur Hysterie wird.

Wenn also die Clausewitz'sche Formel: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ weiter Bestand hat, die Globalisierung als dehnbare Begriff und umfassend gilt, sind die Gründe und Anlässe von Kriegen ebenso dehnbar und vielseitig. Längst sind die bisherigen Kriegsabläufe durch eine Vielzahl demagogischer Begriffe ersetzt, wie z.B. „Terrorismusbekämpfung“, „asymmetrische Kriege“, „ethnische Auseinandersetzung“, „Sicherung des ökonomischen Wachstums“, „Kriege gegen Menschenrechtsverletzungen“. Nicht nur Inhalt und Formen der Kriegsführung haben sich

verändert. Längst nicht mehr riesige Heere, gepanzerte Waffentechnik, Artillerie-Raketenwaffen, Luftstreitkräfte und herkömmliche Flottenverbände entscheiden über Sieg oder Niederlage sondern hochmoderne nukleare Massenvernichtungswaffen, Lasertechnik, funkelektronische Kampfmittel und unbemannte Drohnen. Diese dienen nicht nur als Aufklärungsmittel über gegnerischem Territorium, sondern auch als Trägermittel für Kern- und Laserwaffen. Die Anschaffung und der Einsatz dieser barbarischen Killerwaffen beruht auf der Offensivstrategie, oder wie es in der BRD bezeichnet wird, auf der Invasionsbereitschaft.

Deshalb sind die Kriegsapologeten krampfhaft bemüht, der Menschheit den

Krieg als Notwendigkeit schmackhaft zu machen. Man soll sich damit abfinden, dass der Krieg wieder eine Alltagserscheinung ist, für Wohlstand, Reichtum, Demokratie und Freiheit die Voraussetzung bildet. Deshalb gilt der Krieg für sie nicht mehr als Menschenrechtsverletzung und soll außerhalb des allgemeingültigen Völkerrechts gestellt werden. Gibt es eine Alternative zu dieser gefährlichen Entwicklung? Kann der Krieg als Alptraum der Menschheit durch dauerhaften Frieden ersetzt werden? Der Krieg darf nicht als schicksalhafte Unvermeidlichkeit hingenommen werden. Sind Massenproteste in europäischen Ländern gegen das Eurodiktat, die Erhebungen in der arabischen Welt, die Massenbewegungen in Lateinamerika gegen

US-amerikanische Einmischung, aber auch viele Antikriegs-Aktionen in Europa ein hoffnungsvoller Anfang?

Die Völker der Welt müssen ihre Anstrengungen vergrößern, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, die Rüstungsproduktion zu drosseln und deren Export zu verbieten. Bei zwischenstaatlichen Differenzen muss das Völkerrecht wieder Dominanz gewinnen und Toleranz und Einsicht an Stelle von Waffengewalt treten. Leider gibt es in Deutschland nur eine einzige parlamentarische Kraft, die mit aller Deutlichkeit diese verhängnisvolle Kriegspolitik entlarvt. Das ist die Partei „DIE LINKE“. Das sollten auch unsere ISOR-Mitglieder bei den Entscheidungen im Jahre 2013 berücksichtigen.

80. Jahrestag der Machtübergabe an den Hitlerfaschismus

Erklärung des Berliner Alternativen Geschichtsforums

Am 30. Januar 2013 jährt sich zum 80. Mal einer der schwärzesten Tage der jüngeren deutschen Geschichte: Paul von Hindenburg, vormals kaiserlicher Generalfeldmarschall, 1932 mit Hilfe der SPD und entgegen den Warnungen der KPD ins Amt des Reichspräsidenten wieder gewählt, berief den Führer der Nazi-Partei, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Dies entsprach dem ausdrücklichen Wunsch maßgeblicher Kreise des Finanzkapitals, der Großgrundbesitzer, der Generalität und anderer machtbesessener reaktionärer Kräfte in Deutschland.

Das Ende der Weimarer Republik war gekommen. Es begann die faschistische Diktatur, die Deutschland zielstrebig in den Zweiten Weltkrieg steuerte. Nur zwölf Jahre später war das Schuldkonto der Faschisten und Militaristen, aber auch ihrer Steigbügelhalter und Hintermänner unermesslich. In Europa und weltweit waren über 50 Millionen Tote und Abermillionen Verletzte und Entwurzelte zu beklagen. Ein Völkermord ohne Beispiel löschte Europas Juden fast restlos aus. Ähnlich große Opfer mussten Sinti und Roma beklagen. Die faschistischen Mörder wüteten auch gegenüber Widerstandskämpfern und Kriegsgefangenen. Millionen Soldaten und Zivilisten auf beiden Krieg führenden Seiten starben oder wurden verwundet. Nicht nur in Europa türmten sich Berge von Trümmern und Schutt. Das Deutsche Reich verschwand von der Landkarte.

Die Mehrheit der Deutschen folgte bis zum bitteren Ende zwölf Jahre lang den falschen

Fahnen und glaubte nationalistischer und pseudosozialistischer Propaganda. Nur eine Minderheit tapferer Hitlergegner leistete Widerstand. Wir ehren alle, die dem Schreckensregime Protest und Widerstand entgegensetzten, oft ihr Leben nicht schonend. Die deutschen Antifaschisten verkörperten das andere, bessere Deutschland.

Die beiden im Ergebnis der Nachkriegsentwicklung entstandenen deutschen Staaten gingen mit der Hinterlassenschaft des Hitlerfaschismus höchst unterschiedlich um. Die DDR grenzte sich deutlich vom „Dritten Reich“ ab und beseitigte umfassend dessen ökonomische und politische Wurzeln. Dagegen betrachtete sich die Bundesrepublik stets als Rechtsnachfolger des Reiches, übernahm dessen Gesetze und dessen Personal einschließlich jener, die schwere Schuld auf sich geladen hatten. Die politischen und geistigen Konsequenzen dieses Vorgehens in den Altbundesländern wirken sich heute in ganz Deutschland aus. Die neofaschistische Gefahr ist bedrohlicher denn je. Ihr stehen Politiker und Bundesregierung weitgehend hilflos gegenüber, weil sie viel zu unentschlossen und nicht ausreichend koordiniert handeln, jahrelang die braune Gefahr unterschätzend.

Die Geschichte lehrt:

Sozial- und Demokratieabbau, die Untätigkeit der Exekutive bei der Verfolgung des faschistischen NSU und die Vernichtung von belastenden Aktenmaterialien, bereitet den Boden für Rechtsextremismus, und faschistische Kräfte können wiederum an Einfluss

gewinnen. Gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit ist entschlossener, einmütiger und tatbereiter Widerstand geboten.

Vergessen wir niemals die schmerzlichen Erfahrungen und Erkenntnisse aus unserer jüngeren Geschichte!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Neugründung

Nach langen Auseinandersetzungen im Präsidium des Traditionsverbandes NVA um Ziel, Inhalt und Form der Traditionspflege hat sich am 26.01.2013 der neue

Verband zur Traditionspflege der NVA und der Grenztruppen der DDR

gegründet. Als Vorsitzender wurde der ehemalige Verteidigungsminister der DDR, Admiral a. D. Theodor Hoffmann, gewählt. Einmütig wurde auf dieser Beratung die neue Satzung des Verbandes beschlossen. Dieser neue Verband wird sowohl im OKV als auch in den Standorten der neuen Bundesländer ein zuverlässiger Partner von ISOR sowie anderen linken Vereinen und Parteien sein. Neben der Pflege der politischen und militärischen Traditionen der NVA wird er sich aktiv in den Kampf um soziale Gerechtigkeit, gegen Krieg und Unterdrückung und gegen die weitere Delegitimierung der DDR einbringen. **Manfred Volland**

Renteneinheit jetzt herstellen

Eberhard Rehling, Sozialer Arbeitskreis der GBM Berlin Treptow/Köpenick

Seit Jahren lehnen die Regierungsparteien, gleichgültig ob aktuell CDU/CSU, FDP, oder ehemals SPD oder B90/DIE GRÜNEN, konkrete Schritte zur Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West ab. Damit rückt allerdings ein konkreter Zeitpunkt in weite Ferne.

Diese Haltung der jeweils regierenden Parteien führt einerseits zur biologischen Lösung für die jetzige Rentnergeneration und andererseits werden bei Fortbestand des zweierlei Rentenrechts noch am 18. Mai 1990 im Gebiet der DDR geborene Kinder auch bei ihrem Renteneintritt als „Ostdeutsche“ diskriminiert.

Diese Vorstellung müsste bei jedem, der die Einheit wirklich will, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, Widerspruch auslösen.

Der kürzlich veröffentlichte Alterssicherungsbericht macht einen wesentlichen Umstand sichtbar. Die Alterseinkommen in Ost und West unterscheiden sich erheblich durch ihre Quellen. Derzeit liegt der Rentenwert Ost bei 88,8 Prozent des Rentenwertes West. Die von uns erhobene Forderung bewirkt also keineswegs eine „neue Ungerechtigkeit“, wie von einigen Politikern behauptet wird. Und die höheren Alterseinkommen der Ostfrauen sind auch erklärbar und gerechtfertigt. Sie haben mehrheitlich mehr gearbeitet und auch mehr verdient.

Oft wird behauptet, die Renten im Osten seien nur durch Geldtransfer aus dem Westen bezahlbar. In Wahrheit findet ein solcher Transfer in beide Richtungen statt. Die Sozialabgaben der Beschäftigten einer Vielzahl von Unternehmen im Osten, zum Beispiel großer Handelsketten, deren Stammhäuser in den Altbundesländern liegen, fließen dort in die Sozialkassen. Ebenso die mittlerweile nach Millionen zählenden in die alten Bundesländer abgewanderten gut qualifizierten Fachkräfte sowie der Pendler, die im Westen arbeiten und mit ihren Familien im Osten leben. Rechnet man beide Zahlungsströme gegeneinander auf, bleibt ein Plus Richtung West.

Nun hat sich die SPD vor der Bundestagswahl 2013 mit einem Konzept zur Angleichung der Rentenwerte in einem Stufenprogramm von 2014 bis 2020 zu Wort gemeldet. Für manch einen entsteht daraus Hoffnung, für andere ist fraglich, ob oder in welchem Zustand sie das Jahr 2020 erreichen werden. Zumal wir mit der Zusage der Kanzlerin und der Fixierung im Koalitionsvertrag solche Erwartungen in dieser Legislaturperiode schon einmal hatten. Aber inzwischen hat sich diese Versprechung als Schwindel erwiesen. Es kann auch nicht in Vergessenheit geraten, dass die seinerzeitige rotgrüne Regierung mit der Agenda 2010 stark

an der gesetzlichen Rente rumgeschnitten und fast nichts für Angleichung der Löhne und Renten getan hat.

Außerdem müsste die SPD erst die Wahl gewinnen und einen Koalitionspartner finden, der ihr Vorhaben auch unterstützt. Beides steht zurzeit in den Sternen. Dem Bundestag liegt derzeit ein Antrag vor, in welchem von der Bundesregierung ein Konzept für die Rentenwertangleichung bis 2016 gefordert wird. Dabei muss der noch erhebliche Unterschied von bis zu 30 Prozent bei Löhnen und Gehältern durch die Hochrechnung der Arbeitseinkommen im Osten bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Diese Praxis kann erst bei vollständiger Angleichung der Arbeitseinkommen im Osten entfallen. Die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern mit der hohen Arbeitslosigkeit und einem strukturellen Niedriglohngebiet ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, auf die Beitrittsbürger als Minderheit keinen Einfluss hatten. Die negativen Folgen politischer Entscheidungen für die Menschen sind durch politisches Handeln zu korrigieren. Der Rentenversicherungsbericht 2012 enthält auch eine kurze Betrachtung zur Entwicklung des Rentenwertes Ost unter den bisherigen und spontan verlaufenden Angleichungen. Danach erreicht der Rentenwert Ost im Jahre 2016 einen Wert von 27,78 Euro oder 91,2 Prozent des Westrentenwertes. Setzt sich diese Tendenz fort, könnte etwa im Jahr 2030 eine Angleichung erreicht werden, das heißt 40 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD!

Schlussfolgerung: Erstens müssen wir bei dem Thema das Alterseinkommen in den Vordergrund stellen. Es ist schließlich entschei-

dend, was wir in unseren Geldbörsen haben. Zweitens dürfen wir 2013 nur jene wählen, die sich massiv und zuverlässig auch für unsere Interessen einsetzen. Wir sind schließlich die Arbeitgeber der Politiker und niemand anderer!

Redaktionell gekürzt. Vollständiger Beitrag siehe www.isor-sozialverein.de unter: Bei Anderen gelesen

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beriet über die Vorbereitung der satzungsgemäß im Jahr 2013 durchzuführenden Vertreterversammlung. Es wurde beschlossen, dass diese Vertreterversammlung an zwei Werktagen im Monat Oktober oder November stattfinden wird. Prof. Dr. Horst Bischoff, der Geschäftsführer und der Schatzmeister wurden beauftragt, in der Vorstandssitzung im März dazu die erforderlichen Planungen und Dokumente vorzulegen.

*

Der Vorstand beschloss, Manfred Jonischkies (Schwerin) mit Wirkung vom 01.02.2013 in den Vorstand zu kooptieren und als Landesbeauftragten für das Land Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Er übernimmt diese Funktion von Siegfried Felgner, der aus gesundheitlichen Gründen um seine Entlastung gebeten hatte und bis zur Neuwahl weiter Mitglied des Vorstandes bleiben wird.

Der Vorstand dankte Siegfried Felgner für seine langjährige, konstruktive und erfolgreiche Tätigkeit als Landesbeauftragter.

Zwischenruf

Dies schrieb der bekannte tschechische Schriftsteller und Dramaturg Karel Capek 1938, kurz vor seinem Tode, mahnend seine Stimme gegen Krieg, die Macht der Monopole und gegen den Faschismus erhebend:

Ja, vieles hat sich geändert, aber die Menschen sind
die gleichen geblieben;
nur wissen wir jetzt besser, wer wer ist.
Wer anständig ist, war immer anständig;
Wer treu war, ist es auch jetzt.
Wer sich mit dem Wind dreht, hat sich auch früher mit
dem Wind gedreht.
Wer denkt, jetzt sei der Augenblick gekommen,
hat auch früher nur an sich gedacht.
Niemand wird ein Überläufer, der nicht einer war.
Wer zum Glauben wechselt, der hatte keinen.
Eine harte Prüfung ist auch eine harte Erkenntnis.

Lesenswert

Horst Schneider

Das Gelbe Elend und andere Lügen

(Spotless-Verlag Berlin 2012)

190 Seiten, 9,95 €

ISBN 978-3-360-02061-1

Prof. Horst Schneider tritt mit diesem Buch überzeugend jenen Geschichtsfälschern entgegen, die die als „Gelbes Elend“ bekannte Haftanstalt in Bautzen permanent benutzen, um die DDR, ihr Rechtssystem, ihre Strafverfolgungsorgane und den Strafvollzug zu verleumdern. Mit solide recherchierten Fakten vergleicht er z.B. das 1945 in Bautzen eingerichtete sowjetische Speziallager und die dort betriebene sowjetische Haftanstalt mit analogen Einrichtungen der westlichen Siegermächte. Er widmet sich ausführlich auch der Haftanstalt „Bautzen II“, die immer wieder als „Stasi-Knast“ präsentiert wird, obwohl es sich um eine Haftanstalt des Ministeriums des Innern der DDR handelte.

*

W.S.

Horst Jäkel (Hrsg.)

DDR – unser Leben

(GNN Verlag Schkeuditz 2013)

rund 350 Seiten, 18,00 €

ISBN 978-3-89819-389-4

Bestellungen über Buchhandel oder direkt beim GNN Verlag, Badweg 1

04435 Schkeuditz

Telef.: 034204 / 65711, Fax: 034204/ 65803

mail: zentrale@gnnverlag.de

Es handelt sich um einen weiteren Band der verdienstvollen Reihe „Spuren der Wahrheit“, herausgegeben im Auftrag der Unabhängigen Autorengruppe „So habe ich das erlebt“, in der bisher viele Einzelautoren themenbezogen ihre Erfahrungen aus dem Leben in der DDR darlegen, abseits des heute staatlich verordneten Antikommunismus und seiner Apologeten und deswegen der individuellen Wahrheit verpflichtet.

ISOR aktuell hat auch auf frühere Bände dieser Reihe aufmerksam gemacht, die jeweils in sich thematisch selbständige Darstellungen enthalten, sich inzwischen zu einer Sammlung von „Geschichten zur Geschichte“ der DDR entwickelt hat und ihren besonderen Wert eben aus dieser Originalität ableitet, weshalb wir seine Einzelbände empfehlen können.

Wir werden diese Publikationsreihe weiter begleiten und machen schon jetzt über den angekündigten Titel hinaus auf die für 2013 geplante Fortsetzung unter der Überschrift „Wahrheiten zur DDR“ aufmerksam, zu dem der Herausgeber weitere potentielle Autoren zum Mittun auffordert. Wer das möchte, möge sich mit dem Herausgeber in Verbindung setzen.

H. B.

Horst Jäkel, Tel.: 0331 970717

Der

ERNST-BUSCH-CHOR BERLIN

lädt ein zum Freundschaftssingen mit dem finnischen Arbeiterchor

JETATÄHDET

und dem

HANS-BEIMLER-CHOR

am 12. Mai 2013 um 15 Uhr in das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur Friedrichstraße 176-179, 10117 Berlin
Der Eintritt beträgt 10 Euro

Unterstützung für die „jungeWelt“

Auf der Podiumsdiskussion zur Rosa-Luxemburg-Konferenz informierte der Geschäftsführer der Zeitung, Dietmar Koschmieder, dass die jW ihre verkaufte Auflage um mehr als 10.000 Exemplare auf nun 18.000 erhöhen konnte und 560 neue Genossenschaftsmitglieder begrüßt wurden. Außerdem gingen 80.000 Euro als Spenden ein. Dadurch ist die Existenz der einzigen unabhängigen Zeitung für 2013 gesichert.

Wir danken den Mitgliedern von ISOR für ihren Beitrag zu ihrem Erhalt und bitten darum, diese Solidarität weiterzuführen, denn, um ein Wort von Ramon Chao auf der Konferenz zu zitieren, „Was zunimmt, kann nicht abnehmen.“

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 30.01.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.02.2013

Einstellung im Internet: 08.03.2013

Auslieferung: 14.03.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie
nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr